

Alkoholkonsum beim Hauptbahnhof rund um die Uhr verboten

Stadtrat stimmt zu – nicht ohne Bedenken

Mit drei Gegenstimmen hat der Stadtrat für eine zeitliche Ausweitung des Alkoholverbots am Hauptbahnhof und an der Königstorpassage gestimmt. Es gilt damit rund um die Uhr.

Das Votum kam nicht überraschend, nachdem die Ausweitung des Alkoholverbots bereits in verschiedenen Ausschusssitzungen diskutiert und mehrheitlich befürwortet worden war. Die Gegenstimmen kamen von den Linken und Alexander Liebel (FPD), der seine Premiere als Mitglied des Stadtrats feierte. Er war für Christiane Alberternst in das Gremium nachgerückt, die ihr Mandat niedergelegt hat (die NZ berichtete).

Liebel verweigerte seine Zustimmung, weil er in dem Vorgehen der Stadt keine Lösung des Problems sieht und einen Verdrängungseffekt befürchtet. „Wir schaffen uns damit nur neue Probleme.“ Die Trinkersze-

ne werde dann auch tagsüber an andere Orte verdrängt – dorthin, wo sich auch Kinder und Jugendliche aufhalten.

Oberbürgermeister Ulrich Maly wirft ein, dass es sich bei der Ausweitung des Alkoholverbots lediglich um einen Baustein eines Gesamtkonzepts handelt. Es gehe darum, der Polizei die Rechtsgrundlage für Platzverweise zu geben, wenn sie nötig sind.

Mit dem Hinweis auf den Verdrängungseffekt verweigert auch die Linke Liste ihre Zustimmung. „Wir brauchen Drogen- und Alkoholkonsumräume“, sagt Titus Schüller. Auch die Grünen äußern Zweifel an der Sinnhaftigkeit des Vorgehens, stimmen aber trotzdem zu.

Britta Walthelm betont, dass ein zweigleisiger Ansatz nötig sei. „Wir brauchen Angebote für Alkohol Kranke.“ Dass es mit dem Verbot alleine nicht getan ist, räumt auch Thomas Pirner von der CSU ein, die grünes

Licht gibt. Ulrich Blaschke von der SPD betont, dass auch Prävention wichtig ist, gerade was junge Menschen angeht. „Die Frage ist, ob ein Wegbier wirklich sein muss.“

Dass die Zielgruppe sehr heterogen und kompliziert sei, wirft Sozialreferent Reiner Pröbß (SPD) ein. Er betont außerdem, dass sozialpolitische und -pädagogische Maßnahmen alleine nicht greifen. „Es sind ordnungspolitische Maßnahmen nötig.“ *gs*

NZ Lokales

Telefon: (09 11) 23 51 - 2036 (11–15 Uhr)

Fax: (09 11) 23 51 - 13 32 11

E-Mail: nz-lokales@pressenetz.de

Blog: nz.de/senf

Wir sind offen für Anregungen, Ideen oder Themenvorschläge. Bitte schreiben Sie uns!